

Inhaltsübersicht

	Seite
Verfasser	V
Vorwort	IX
Literatur- und Abkürzungsverzeichnis	XXXIII

1. Teil. Staats- und europarechtliche Grundlagen

§ 1 Die öffentliche Hand als Wirtschaftssubjekt	1
A. Begriffliche Grundlagen	5
I. Einleitung	5
II. Begriff und Wesen der öffentlichen Hand	6
III. Begriff und Wesen der öffentlichen Unternehmen	10
IV. Staatliche Unternehmenswirtschaft als Traditionsbefund im deutschen Steuerstaat	21
B. Staatsrechtliche Vorgaben für die Staatswirtschaft oder: darf sich der Staat erwerbswirtschaftlich betätigen?	22
I. Begrenzte prinzipielle und punktuelle Verfassungsvorgaben für die staatliche Eigenwirtschaft	22
II. Schutzgehalt des Art. 28 Abs. 2 GG	25
III. Verfassungsrechtliche Bindungen	26
IV. Haushalts- und kommunalrechtliche Vorgaben für die Vermögensverwaltung und die Errichtung öffentlicher Unternehmen	27
V. Weitere modale Anforderungen an öffentliche Unternehmen	39
VI. Fazit	53
C. Verwaltungsorganisationsrecht oder wie darf sich der Staat erwerbswirtschaftlich betätigen?	55
I. Einleitung	55
II. Funktionssubjekte der Verwaltungsorganisation, insbesondere JPöR	55
III. Staatsrechtliche Handlungssphären (Verwaltungsfunktionen) der JPöR und ihre Bezüge zum Steuerrecht	68
IV. Rechts- und Organisationsformen der staatlichen Aufgabenerfüllung, insbesondere durch öffentlichen Unternehmen	102
D. Europarechtliche Vorgaben für die erwerbswirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand	141
I. Einleitung	141
II. Grundlagen	141
III. Primäres Unionsrecht	142
IV. Sekundäres Unionsrecht	159
	XV

Inhaltsübersicht

	Seite
V. Konkurrentenrechtsschutz	159
VI. Zwischenergebnis	160
E. Fazit: Die öffentliche Hand als Wirtschaftssubjekt	161
 § 2 Die öffentliche Hand als Steuersubjekt – staats- und europarechtliche Grundlagen der Besteuerung der öffentlichen Hand	 163
A. Problematik der Selbst- und Gegenseitigkeitsbesteuerung der öffentlichen Hand, Entstehung und vorkonstitutionelle Entwicklung	169
I. Einleitung	169
II. Selbst- und Gegenseitigkeitsbesteuerung des (Bundes-)Staates als Rechtsproblem	170
III. Historisch-genetische Aspekte der deutschen Selbst- und Gegenseitigkeitsbesteuerung	172
IV. Zusammenfassung und Lehren aus der Rechtsgeschichte	219
B. Zur Teleologie der aktuellen Besteuerung der staatsrechtlichen Handlungssphären der öffentlichen Hand	235
I. Problematik der Teleologie	235
II. Motive, Rationes und Funktionen der Besteuerung der öffentlichen Hand	236
III. Zusammenfassende Bewertung	236
C. Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Besteuerung der öffentlichen Hand – Darf oder muss der „Staat“ sich selbst besteuern?	261
I. Problematik	261
II. Überblick zum verfassungsrechtlichen Streit- und Meinungsstand	262
III. Vorgaben der bundesstaatlichen Finanzverfassung	268
IV. Begrenzte Bedeutung autonomiefördernder Verfassungsgarantien für die Besteuerung bestimmter JPöR	279
V. Grundrechtliche Wettbewerbsneutralität im Steuerrecht der öffentlichen Hand: ordnungspolitisches Lenkungsziel und Besteuerungsgebot?	289
VI. Zusammenfassung zur verfassungsrechtlichen Prüfung der Selbst- und Gegenseitigkeitsbesteuerung staatlicher Funktionen	308
D. Europarechtliche Vorgaben für die Besteuerung der öffentlichen Hand	311
I. Primäres Unionsrecht	311
II. Besteuerungsvorgaben und Wettbewerbsneutralität im sekundären Unionsrecht (insbesondere Mehrwertsteuerrecht)	317
III. Relativität der europäischen Wettbewerbskonzeption mit Blick auf die öffentliche Hand und ihre Besteuerung	322
IV. Fazit	327
E. Verfassungsrechtliche Folgerungen für den Steuergesetzgeber	328
I. Grundsatz	328

	Seite
II. Allgemeine Präponderanz des Hoheitsprinzips gegenüber dem Wettbewerbsprinzip	328
III. Mandat des (Steuer-)Gesetzgebers	335
F. Fazit: Die öffentliche Hand als Steuersubjekt	340
I. Entstehung und Entwicklung der Selbst- und Gegenseitigkeitsbesteuerung	340
II. Zur vorherrschenden Teleologie der Selbst- und Gegenseitigkeitsbesteuerung	342
III. Verfassungsrechtliche Vorgaben für eine Selbst- und Gegenseitigkeitsbesteuerung	343
IV. Europarechtliche Vorgaben für eine Selbst- und Gegenseitigkeitsbesteuerung	345

2. Teil. Einzelsteuergesetzliche Grundlagen der Besteuerung der öffentlichen Hand

§ 3 Strukturen des aktuellen Besteuerungsregimes (Körperschaft- und Umsatzsteuer)	349
A. Begrifflich-methodische Grundlagen	350
I. Kein „Besteuerungssystem“	350
II. Problematische Verbindung von Verwaltungs- und Steuerrecht	352
B. Systematische Grundlagen	356
I. Steuerzugriff	356
II. Rechtsformabhängiger Steuerzugriff	358
III. Steuerverhaftetes Staatsvermögen und steuerrechtliche Sphären	363
IV. Steuervergünstigungen	371
V. Subjektive Rechte des Konkurrenten und der öffentlichen Hand auf Besteuerung	372
C. Das steuerrechtliche Sonderregime der eigenwirtschaftlich tätigen öffentlichen Hand	375
I. Tatbestände und Prüfungstrias im Körperschaftsteuer- und Umsatzsteuerrecht	375
II. Körperschaftsteuerrecht	378
III. Umsatz- und Mehrwertsteuerrecht	382
D. Besteuerung weiterer Wirtschaftsfunktionen der öffentlichen Hand	401
I. Fiskalische Hilfsgeschäfte	401
II. Staatliche Beschaffungsverwaltung	402

§ 4 Betrieb gewerblicher Art (§ 4 KStG) als spezifischer Grundlagenbegriff des Besteuerungsregimes	407
A. Allgemeine Bedeutung des Begriffs	418
I. Zum differenzierten Anwendungsbereich	418
II. Zwecke, Strukturen und Funktionen des Begriffs	426

Inhaltsübersicht

	Seite
B. Gesetzliche Begriffsmerkmale der Wirtschaftsfunktion des BgA	451
I. Juristische Person des öffentlichen Rechts mit Sitz im Inland	451
II. Notwendiger Zustands-, Handlungs- und Erfolgsstatbestand	458
III. Zwei positive gesetzliche Abgrenzungen des Begriffs	529
C. Zur steuerrechtlichen Teilfreistellung der Vermögensverwaltung im Kontext der Wirtschaftsfunktion des BgA	551
I. Steuerrechtliche Grundlagen der sog. Vermögensverwaltung	551
II. Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung allgemein	562
III. Sonderfall: Verpachtung eines BgA als BgA (§ 4 Abs. 4 KStG)	564
IV. Einnahmen einer JPöR aus Finanzkapitalvermögen (Beteiligungen)	582
V. Einnahmen aus staatlichen Veräußerungsgeschäften als sog. Hilfsgeschäfte	613
VI. Grunderwerb und Grundbesitz	622
VII. Zusammenfassende Bewertung der Teilbesteuerung der Vermögensverwaltung	623
D. Hoheitsbetrieb	628
I. Begriffliche Grundlagen	628
II. Meinungsstand zur Auslegung des Begriffs „Ausübung öffentlicher Gewalt“	638
III. Analyse der Erklärungsformeln zum Begriff der „Ausübung öffentlicher Gewalt“	714
IV. Lösungsvorschlag zum Begriff „öffentliche Gewalt“	751
V. Zusammenfassung zum Begriff „Ausübung öffentlicher Gewalt“ (Hoheitsbetriebe)	798
VI. Ausgewählte Anwendungs- und Einzelfälle hoheitlicher Tätigkeiten von JPöR	801
VII. Rechtspraktische Sonderfälle: Einschaltung sog. Dritter in die Aufgabenerfüllung	861
E. Zusammenfassende verfassungsrechtliche Bewertung der aktuellen Eigenbesteuerung der öffentlichen Hand (Steuerzugriffsnormen) ...	930
I. Rechtsprechung zur Verfassungsmäßigkeit	930
II. Verfassungsrechtliche Kritik	932
F. Reformperspektiven	939
I. Reformbedarf	939
II. Reformüberlegungen	943
§ 5 Unbeschränkte Körperschaftsteuerpflicht	951
A. Körperschaftsteuerpflicht der öffentlichen Hand	960
I. Steuerpflicht der JPöR	960
II. Beginn und Ende der Steuerpflicht	974
III. Steuerbefreiungen nach § 5 KStG	980

Inhaltsübersicht

	Seite
B. Der steuerliche Querverbund	1026
I. Zusammenfassung mehrerer BgA im steuerlichen Querverbund	1026
II. Zusammenfassung aufgrund Gleichartigkeit	1049
III. Enge wechselseitige technisch-wirtschaftliche Verflechtung von einigem Gewicht	1071
IV. Zusammenfassung von Versorgungs- und Verkehrsbetrieben	1090
V. Weitere Zusammenfassungsmöglichkeiten	1095
VI. Weiterentwicklung des steuerlichen Querverbunds	1100
C. Grundsätze der Einkommensermittlung	1101
I. Verhältnis einer JPöR zu ihren BgA	1101
II. Einkommensermittlungsmethoden bei BgA	1108
III. Zurechnung von Wirtschaftsgütern zum Betriebsvermögen des BgA	1115
IV. Zurechnung von Betriebseinnahmen und -ausgaben	1145
V. Verlustabzug, § 8c KStG	1166
VI. Verwendung von Gewinnen eines BgA	1170
VII. Freibeträge, Steuersatz und Verfahren	1177
D. Einkommensermittlung bei strukturellen Dauerverlusten	1180
I. Einführung	1180
II. Anwendungsbereich	1181
III. Verdeckte Gewinnausschüttungen	1184
IV. Das „begünstigte“ Dauerverlustgeschäft	1188
V. Dauerverlustgeschäfte bei BgA	1198
VI. Dauerverlustgeschäfte bei Kapitalgesellschaften der öffentlichen Hand	1198
VII. Dauerverlustgeschäfte bei Beteiligungen an Personengesellschaften	1210
VIII. Rechtliche Bedenken gegen die Regelungen des steuerlichen Querverbunds	1212
IX. Exkurs: Der kleine Querverbund – Das Einlagenmodell als Gestaltungsinstrument	1222
E. Steuerliches Einlagekonto nach § 27 KStG	1232
I. Allgemeiner Regelungsinhalt	1232
II. Anwendbarkeit bei JPöR und BgA	1233
III. Anfangsbestand	1236
IV. Fortschreibung des steuerlichen Einlagekontos	1240
V. Gesonderte Feststellung	1253
VI. Notwendige Bescheinigung über die Verwendung	1256
VII. Sonderfälle	1261
§ 6 Beschränkte Körperschaftsteuerpflicht (§ 2 Nr. 2 KStG insb. iVm § 20 EStG, Kapitalerträge iSd § 20 Abs. 1 Nr. 10 EStG)	1266
A. Grundlagen	1268
I. JPöR als Steuersubjekt	1268

Inhaltsübersicht

	Seite
II. Sachlicher Anwendungsbereich der beschränkten Steuerpflicht bei JPöR	1268
III. Besteuerungsverfahren bei beschränkter Körperschaftsteuerpflicht	1271
B. Zweck der Regelung des § 2 Nr. 2 KStG iVm § 20 Abs. 1 Nr. 10 EStG	1272
C. Kapitalerträge juristischer Personen mit eigener Rechtspersönlichkeit (§ 20 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. a EStG)	1273
I. Persönlicher Anwendungsbereich	1273
II. Sachlicher Anwendungsbereich	1276
III. Durchführung des Kapitalertragsteuerabzugs	1277
D. Kapitalerträge juristischer Personen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (§ 20 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. b EStG)	1279
I. Persönlicher Anwendungsbereich	1279
II. Sachlicher Anwendungsbereich	1287
III. Durchführung des Kapitalertragsteuerabzugs	1313
IV. Grundsätzliche Einordnung der Regelung	1318
§ 7 Gewerbesteuerrecht	1319
A. Allgemeines	1320
I. Gewerbebetrieb in GewStG und EStG/KStG	1320
II. Sinn und Zweck der gewerbesteuerlichen Besteuerung der öffentlichen Hand	1320
B. Steuertatbestand	1321
I. Steuergegenstand	1321
II. Sachliche Gewerbesteuerpflicht	1323
III. Gewerbeertrag	1335
IV. Steuersatz	1335
V. Besteuerung	1335
C. Anwendungsfälle	1336
§ 8 Bilanz- und Bilanzsteuerrecht für öffentliche Unternehmen	1338
A. Nationales Recht	1340
I. Öffentliche Unternehmen in Privatrechtsformen	1340
II. Anstalt des öffentlichen Rechts (Kommunalunternehmen)	1347
III. Eigenbetriebe	1349
IV. BgA in Form von Regiebetrieben	1355
V. E-Bilanz bei der öffentlichen Hand	1375
B. Die internationalen Rechnungslegungsstandards für den öffentlichen Sektor (IPSAS) – eine Übersicht	1381
I. Das Standardsetzungsgremium	1381
II. Der Standardsetzungsprozess	1382
III. Das Rahmenkonzept	1383
IV. Stand der Standards zum 31.12.2015	1386
V. Anwendungsbereich der IPSAS	1388

	Seite
C. Europäisches Bilanz- und Bilanzsteuerrecht für öffentliche Unternehmen (EPSAS)	1389
I. Die europäischen Rechnungsführungsgrundsätze für den öffentlichen Sektor (EPSAS) – eine Übersicht	1389
II. Der voraussichtliche Anwendungsbereich der EPSAS	1395
III. Bedeutung der EPSAS für die Bilanzierung und Besteuerung öffentlicher Unternehmen	1396
§ 9 Umsatzsteuerrecht	1397
A. Grundlagen der Besteuerung der öffentlichen Hand im Mehrwertsteuerrecht (Art. 13 MwStSystRL)	1401
I. Einführung	1401
II. Der Sinn und Zweck einer Besteuerung der „öffentlichen Hand“	1402
III. Art. 13 MwStSystRL und seine Auslegung durch den EuGH im Überblick	1408
IV. Unmittelbare Anwendung des Art. 13 MwStSystRL?	1411
V. Ausgewählte Probleme bei der Besteuerung der öffentlichen Hand im Mehrwertsteuerrecht	1417
B. Die Umsatzbesteuerung der JPöR gem. § 2 Abs. 3 UStG	1433
I. Grundlagen	1433
II. Begriff der JPöR	1435
III. Unternehmerische Tätigkeit der JPöR im Rahmen eines BgA (§ 2 Abs. 3 S. 1 Alt. 1 UStG)	1441
IV. Umsatzsteuerrechtliche Besonderheiten	1460
C. Umsatzbesteuerung nach § 2b UStG nF	1465
I. Steuersubjekt	1465
II. Steuerbarkeit	1468
III. Steuerbefreiungen	1504
IV. Bemessungsgrundlage und Steuersatz	1512
D. Vorsteuerabzug und Vorsteuerberichtigung	1512
I. Allgemeine Bedeutung	1512
II. Vorsteuerabzug – Verwendung für Zwecke besteuelter Umsätze (§ 15 UStG)	1517
III. Vorsteuerberichtigung (§ 15a UStG)	1539
IV. Besonderheiten bei gemischt genutzten Fahrzeugen	1546
V. Auswirkungen der Regelung des § 2b UStG auf den Vorsteuerabzug bzw. eine Vorsteuerberichtigung	1552
VI. Resümee	1558
§ 10 Weitere Einzelsteuern und Abgaben	1560
A. Allgemeine Grundsätze	1562
B. Grundsteuer	1564
I. Allgemein	1564
II. Allgemeine Bedingungen der Steuerbefreiungen (auch) für JPöR	1568

Inhaltsübersicht

	Seite
III. Personen- und zweckgebundene Steuerbefreiungen zugunsten des Grundbesitzes von JPöR (§ 3 GrStG)	1579
IV. Objekt- und zweckgebundene Steuerbefreiungen nach § 4 GrStG	1607
V. Bewertung	1614
C. Grunderwerbsteuer	1615
I. Allgemein	1615
II. Steuerbefreiungen	1619
D. Erbschafts- und Schenkungsteuerrecht	1649
I. Allgemein	1649
II. Besteuerung	1650
E. Weitere Steuerarten (spezielle Verkehr-, Verbrauch- und Aufwandsteuern)	1654
I. Kraftfahrzeugsteuer	1654
II. Luftverkehrssteuer	1658
III. Versicherungssteuer	1659
IV. Energie- und Stromsteuerrecht	1661
V. Glückspielsteuerrecht	1663
VI. Örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern	1664
VII. Sonstige spezialgesetzliche Steuer- und Abgabenbefreiungen für bestimmte JPöR	1668
VIII. Sonstiges Abgabenverwaltungsrecht	1668
§ 11 Steuerbegünstigung der öffentlichen Hand	1673
A. Allgemein	1674
I. Einleitung und Problematik	1674
II. Gemeinnützigkeitsfähigkeit der öffentlichen Hand	1675
B. Voraussetzungen der Gemeinnützigkeit	1678
I. Satzungsmäßige Anforderungen	1678
II. Gemeinnützigkeit und Zweck	1679
C. Spendenrecht	1699
I. Entgegennahme von Spenden durch JPöR	1699
II. Pflichten aufgrund der AO	1700
III. Gegenstand der Spende	1702
IV. Haftung	1704

3. Teil. Querschnitts-, Anwendungs- und Gestaltungsfragen der Besteuerung der öffentlichen Hand

§ 12 Steuerrechtliche Wahl der Rechts- und Organisationsform für öffentliche Unternehmen	1705
A. Einleitung	1706
B. Öffentlich-rechtliche Rechtsformen	1707
I. Regie- und Eigenbetrieb	1707
II. AöR/Kommunalunternehmen und Zweckverband	1714
C. Rechtsformen des Privatrechts	1717

	Seite
I. Relevante Besteuerungsaspekte der Kapitalgesellschaften	1717
II. Personengesellschaften	1718
III. Stille Gesellschaft	1733
D. Weitere relevante steuerliche Aspekte der Rechtsformwahl	1734
I. Steuerliche Anforderungen an Holdinggesellschaften	1734
II. Lohnsteuer	1735
III. Energie- und Stromsteuer	1735
E. Exemplarischer Belastungsvergleich	1736
 § 13 Organisationsrechtliche Gestaltungsmodelle für öffentliche Unternehmen	1738
A. Ertragsteuerrechtliche und umsatzsteuerrechtliche Organschaften ..	1742
I. Einleitung und Problematik	1742
II. Ertragsteuerrechtliche Organschaft in ihrer Wirkungsweise ...	1743
III. Umsatzsteuerrechtliche Organschaft in ihrer Wirkungsweise	1746
IV. Eigenschaften der beteiligten Unternehmen als Voraussetzungen für die Annahme des Vorliegens von Organschaftsverhältnissen	1748
B. Betriebsaufspaltung	1768
I. Einleitung und Problematik	1768
II. Sachliche und personelle Verflechtung	1768
III. Personelle Verflechtung zwischen der JPöR und der Betriebskapitalgesellschaft	1769
IV. Sachliche Verflechtung	1770
V. Entgeltliche Nutzungsüberlassung	1771
VI. Steuerrechtliche Folgen der Annahme einer Betriebsauf- spaltung	1773
VII. Vermeidung von Betriebsaufspaltungen bei JPöR	1775
C. Personengesellschaften (insb. GmbH & Co. KG)	1777
I. Einführung	1777
II. Steuerrechtliche Behandlung der speziellen Segmente der öffentlichen Personengesellschaft	1780
III. Beschränkung des Verlustausgleichs gem. § 15a EStG	1799
IV. Verlustausgleich im Rahmen der Gewerbesteuer	1805
V. Beteiligung der Komplementärkapitalgesellschaft an der KG	1806
VI. Gewinnermittlung, Sonderbilanzen, Sondervergütungen, Ergänzungsbilanzen	1806
VII. Grunderwerbsteuer	1820
D. Anstalten des öffentlichen Rechts/Kommunalunternehmen	1821
I. Grundlagen	1821
II. Besteuerung der Gründung	1826
III. Laufende Besteuerung	1830
IV. Holdingmodelle und Verlustverrechnung in der steuerlichen Praxis von Kommunalunternehmen	1840
V. Gemeinnützige Kommunalunternehmen	1842
VI. Rekommunalisierung der AöR	1843

Inhaltsübersicht

	Seite
E. Öffentlich-rechtliche Stiftung	1843
I. Begriff und Abgrenzung zu anderen Stiftungsformen	1843
II. Rechtliche Grundlagen	1847
III. Besteuerung der öffentlich-rechtlichen Stiftung	1850
§ 14 Steuerrechtliche Behandlung von PPP	1862
A. Grundlagen	1863
I. Public Private Partnership/Öffentlich Private Partnerschaft	1863
II. Typische PPP-Modelle	1865
B. Besonderheiten der Besteuerung bei PPP-Projekten	1869
I. Grunderwerbsteuer	1869
II. Grundsteuer	1872
III. Ertragsteuern	1874
IV. Umsatzsteuer	1881
§ 15 Organisationsrechtliche Umstrukturierungen von öffent-	
 lichen Unternehmen und Vermögensübertragungen	1891
A. Einleitung	1893
B. Dogmatik des BgA als Steuersubjekt/Steuerobjekt	1895
I. Dogma der „fiktiven Kapitalgesellschaft“	1895
II. Widersprüchliche Dogmatik des BFH seit Fernsehturm-	
entscheidung	1896
III. Auswirkungen der dogmatischen Zweifelsfragen auf	
Umstrukturierungen	1898
IV. Regelung des § 20 Abs. 1 Nr. 10 EStG	1899
C. Ausgewählte steuerrechtliche Umstrukturierungen von	
öffentlichen Unternehmen	1901
I. Übertragung einzelner Wirtschaftsgüter von einem BgA auf	
einen anderen BgA	1902
II. Zusammenfassung/Trennung von BgA	1903
III. Zuordnung von Beteiligungen zu BgA	1906
IV. Übertragung einzelner Wirtschaftsgüter oder Betriebe/	
Teilbetriebe von einem BgA auf eine Personengesellschaft	1908
V. Übertragung einzelner Wirtschaftsgüter oder Betriebe/	
Teilbetriebe von einem BgA auf eine Kapitalgesellschaft	1910
D. Ausgewählte gesellschaftsrechtliche Umstrukturierungen von	
öffentlichen Unternehmen	1914
I. „Gründung“ eines Regiebetriebes	1914
II. Vom Regiebetrieb zum Eigenbetrieb	1915
III. Vom Regie- oder Eigenbetrieb zur AöR (Kommunalunter-	
nehmen)	1917
IV. Vom Regie- oder Eigenbetrieb in eine Personenhandels-	
gesellschaft	1923
V. Vom Regie- oder Eigenbetrieb in eine Kapitalgesellschaft	1927
VI. Von der Personengesellschaft zur Kapitalgesellschaft	1934
VII. Von der Kapitalgesellschaft zur Personengesellschaft	1938

	Seite
VIII. Aus der Kapitalgesellschaft zurück in den Regie- oder Eigenbetrieb	1943
IX. Aus der AöR zurück in den Regie- oder Eigenbetrieb	1946
X. Aus der AöR in die Kapitalgesellschaft	1950
 § 16 Kommunale Unternehmen und Betätigungen	 1955
A. Zuschüsse der öffentlichen Hand (Umsatzsteuer und Ertragsteuer)	1969
I. Die öffentliche Hand und Umsatzsteuer	1969
II. Anwendungsfälle im Bereich der Zuschüsse der öffentlichen Hand	1993
III. Zuschüsse der öffentlichen Hand und Ertragsteuer	2002
B. Zuwendungen an die öffentliche Hand (Verwaltungssponsoring)	2015
I. Einleitung	2015
II. Steuerrechtliche Grundlagen des Verwaltungssponsorings	2015
III. Praxisprobleme	2021
IV. Fazit	2027
C. Konzern „Stadt“ aus steuerrechtlicher Sicht	2028
I. Einführung	2028
II. Beteiligungskonzern	2029
III. Organschaftskonzern	2032
IV. Steuerlicher Querverbund	2034
V. Grunderwerbsteuerrechtliche Fragen	2045
D. Steuerliches Risikomanagement bei kommunalen Unternehmen	2047
I. Einführung	2047
II. Risiken in Kommunen	2048
III. Grundlagen des Risikomanagement	2052
IV. Steuerliches Risikomanagement im engeren Sinne	2063
V. Organisation des steuerlichen Risikomanagement	2071
VI. Risikomanagementsysteme der Finanzverwaltung	2078
VII. Abschließende Bemerkungen und Ausblick auf notwendige Veränderungen	2078
E. Tax Compliance bei kommunalen Unternehmen	2079
I. Einleitung	2079
II. Rechtsrahmen von Tax Compliance	2080
III. Organisation von Tax Compliance	2091
IV. Fazit	2099
F. Entsorgungsbetriebe	2099
I. Die Aufgabenstellung der öffentlichen Hand im Entsorgungsbereich	2099
II. Rechtstatsächliche Befunde	2100
III. Die umsatzsteuerrechtliche Ausgangslage	2101
IV. Keine gesetzgeberischen Aktivitäten zur Besteuerung der Entsorgungsleistungen	2103
V. § 2b UStG neue Fassung	2103

Inhaltsübersicht

	Seite
VI. Abfallrechtliche Bestimmungen als Vorfrage zur Steuerbarkeit der Entsorgungsleistungen: Hausmüll	2105
VII. Gewerbemüll	2108
VIII. Verwertungsumsätze	2109
IX. Kooperationen	2110
X. Vorsteuerabzug	2111
G. Friedhöfe und Krematorien	2113
I. Einleitung	2113
II. Erdbestattung (Friedhöfe)	2118
III. Feuerbestattung (Krematorien)	2125
IV. Grundsteuerbefreiung	2143
H. Gemeinnützigkeits- und spendenrechtliche Besonderheiten insbesondere bei kommunalen JPöR	2144
I. Hoheitliche, wirtschaftliche, und gemeinnützige Tätigkeiten der öffentlichen Hand	2144
II. Gemeinnützige BgA	2153
III. Gemeinnützige Fördereinrichtungen (§ 58 Nr. 1 AO) zugunsten der öffentlichen Hand	2156
IV. Gemeinnützige Kapitalgesellschaften	2158
I. Krankenhäuser	2162
I. Einführung	2162
II. Struktur des Krankenhausmarktes	2162
III. Ertragsteuerverpflichtung von öffentlichen Krankenhäusern	2163
IV. Steuerbegünstigte Zwecke	2164
V. Abgabenrechtliche Einordnung der wirtschaftliche Aktivitäten von Krankenhäusern	2169
VI. Umsatzbesteuerung von Krankenhäusern	2174
J. Kulturelle Einrichtungen, insbesondere Museen	2180
I. Allgemein	2180
II. Steuerrechtliche Einordnung in Bezug auf die Ertragsteuern	2180
III. Steuerrechtliche Einordnung in Bezug auf die Gemein- nützigkeit	2183
IV. Steuerrechtliche Einordnung in Bezug auf die Umsatz- steuer	2186
V. Fazit	2197
K. Land- und Forstwirtschaft	2197
I. Einleitung	2197
II. Tätigkeitsfelder land- und forstwirtschaftlicher Betriebe	2197
III. Körperschaftsteuer bei land- und forstwirtschaftlichen Betrieben von JPöR	2213
IV. Gewerbesteuer bei land- und forstwirtschaftlichen Betrieben von JPöR	2216
V. Umsatzsteuer bei land- und forstwirtschaftlichen Betrieben von JPöR	2217
L. Marktbetriebe	2237
I. Allgemeines	2237

	Seite
II. Marktbetriebe	2238
III. Steuerbefreiung gem. § 4 Nr. 12 UStG	2239
IV. Vorsteuerabzug	2241
M. Parkraumbewirtschaftung	2242
I. Einleitung	2242
II. Grundlagen	2243
III. Ertragsteuerrechtliche Aspekte einer entgeltlichen Stellplatzüberlassung	2247
IV. Umsatzsteuerrechtliche Aspekte einer Stellplatzüberlassung	2258
V. Grundsteuerbefreiung von Stellplätzen	2267
N. Verkehrs- und Hafenbetriebe	2269
I. Die Regelung des § 4 Abs. 3 KStG	2269
II. Verkehrsbetriebe im Allgemeinen	2269
III. Einrichtungen des ruhenden Verkehrs	2271
IV. Hafenbetriebe	2273
V. Sonstige Besteuerung	2273
O. Versorgungsbetriebe und Konzessionsabgaben	2274
I. Einleitung und Problematik	2274
II. Typische umsatzsteuerrechtliche Fragestellungen in der Versorgungswirtschaft	2278
III. Typische bilanzsteuerrechtliche Fragestellungen in der Versorgungswirtschaft	2296
IV. Typische körperschaftsteuerliche Fragestellungen in der Versorgungswirtschaft	2300
V. Energie- und stromsteuerrechtliche Fragestellungen in der Versorgungswirtschaft	2305
VI. Steuerrechtliche Behandlung von Konzessionsabgaben	2315
P. Verpachtungsbetriebe	2325
I. Einleitung	2325
II. Körperschaftsteuerrechtliche Beurteilung	2325
III. Umsatzsteuerrechtliche Beurteilung	2340
IV. Zusammenfassende Übersicht	2352
 § 17 Sparkassen	 2354
A. Allgemein	2354
I. Rechtsgrundlagen	2355
II. Öffentlich-rechtliche Trägerschaft und Vereinigung von Sparkassen	2356
B. Körperschaftsteuer	2358
I. Steuerpflicht	2358
II. Besonderheiten der Besteuerung	2359
C. Umsatzsteuer	2365
I. Steuerpflicht	2365
II. Option zur Umsatzsteuer und Vorsteuerschlüssel	2365
III. Besonderheiten der Besteuerung	2368

Inhaltsübersicht

	Seite
§ 18 Hochschulen	2371
A. Bestimmung der Aufgriffseinheiten für BgA und Zuordnung von BgA	2372
I. BgA im Forschungsbereich	2372
II. Hochschuleitige Zentraleinheiten	2376
III. Forschung im medizinischen Bereich zwischen Universität und Universitätsklinikum	2376
B. Umsatzsteuerrechtliche Spezifika für Hochschulen	2378
I. Auswirkungen des § 2b UStG auf Hochschulen und Forschungsk Kooperationen	2378
II. Zuschüsse und Kooperationsverhältnisse	2386
III. Besonderheiten iRd Kooperation von Universitäten und Universitätskliniken	2392
IV. Umsatzsteuerfreiheit der Weiterbildung	2396
C. Gewinnermittlung und Ertragsbesteuerung	2398
I. Abgrenzung ertragsteuerfreier Forschungstätigkeiten	2398
II. Ermittlung der steuerlich berichtigungsfähigen Gemeinkosten	2399
D. Problematik dauerdefizitärer Tätigkeiten im Hochschulbereich	2400
I. Allgemeine Problematik	2400
II. Dauerdefizitäre Tätigkeiten im Forschungsbereich	2401
III. Dauerdefizitäre Tätigkeiten außerhalb des Forschungsbereichs	2403
IV. Verluste und steuerliches Einlagekonto	2404
E. Hochschulen und Zuwendungsrecht	2409
I. Unentgeltlichkeit der Spende – Problematik des zeitnahen Abschlusses von Forschungsk Kooperationen	2409
II. Mittelverwendung	2409
F. Gemeinnützige BgA im Hochschulbereich	2411
I. Zulässigkeit und Satzungserfordernis	2411
II. Weiterbildung	2412
III. Kulturelle Einrichtungen	2413
IV. Förderung des Sports	2413
V. Forschungsförderung	2415
 § 19 Besteuerung der Kirchen als juristische Personen des öffentlichen Rechts	2416
A. Allgemein	2419
I. Die im Grundgesetz vorgesehenen Organisationsformen der Kirchen	2419
II. Als KöR organisierten Kirchen	2421
III. Bedeutung der Wettbewerbsgleichheit bei der Besteuerung der kirchlichen Körperschaften	2425
IV. Ausübung öffentlicher Gewalt durch die Kirchen	2427
B. Körperschaftsteuer	2429
I. Begriffsbestimmungen	2429

	Seite
II. Kirchliche steuerpflichtige BgA	2432
C. Umsatzsteuer	2434
I. Grundsätzliches	2434
II. Fallkonstellationen fehlender Steuerbarkeit im kirchlichen Bereich	2435
III. Neuregelung der Umsatzbesteuerung nach europarechtlichen Vorgaben (§ 2b UStG)	2435
IV. Voraussetzungen des § 2b Abs. 1 und 2 UStG	2437
V. Fehlende Wettbewerbsverzerrung bei Beistandsleistungen durch kirchliche Zusammenarbeit (§ 2b Abs. 3 UStG)	2443
VI. Verhältnis von § 2b Abs. 3 UStG zu § 2b Abs. 2 UStG	2448
VII. Unternehmereigenschaft kraft Gesetz (§ 2b Abs. 4 UStG)	2449
VIII. Aspekte der Übergangsregelung des § 27 Abs. 22 UStG	2449
IX. Empfehlungen für den kirchlichen Gesetzgeber	2452
X. Allgemeine Steuerbarkeit und Steuerpflicht kirchlicher Leistungen nach dem UStG	2453
D. Sonstige Steuern	2454
I. Grunderwerbsteuer	2454
II. Grundsteuer	2455
III. Erbschaft- und Schenkungsteuer	2455
IV. Kapitalertragsteuer	2456
§ 20 Die Besteuerung von öffentlich-rechtlichen Rundfunk- anstalten	2457
I. Allgemeines	2457
II. Körperschaftsteuer	2459
III. Umsatzsteuer	2464
IV. Gewerbesteuer	2468
§ 21 Sozialversicherung	2470
A. Allgemeines	2471
I. System der gesetzlichen Sozialversicherung	2471
II. Einzelne Sozialversicherungen	2472
B. Körperschaftsteuer	2478
I. Anwendbarkeit der Regeln über die Besteuerung von JPöR	2478
II. Abgrenzung von BgA und Hoheitsbetrieben	2479
III. Durchführung der Besteuerung	2486
C. Umsatzsteuer	2488
I. Einführung	2488
II. Besteuerung von JPöR	2489
III. Steuerbefreiungen	2493
IV. Ermäßigter Umsatzsteuersatz	2497
V. Umkehr der Steuerschuldnerschaft (§ 1a, § 13b UStG)	2498
VI. Vorsteuerabzug und Vorsteuerberichtigung	2498
D. Sonstige Steuern	2499
I. Grundsteuer	2499

Inhaltsübersicht

	Seite
II. Grunderwerbsteuer	2499
III. Versicherungsteuer	2499
§ 22 Funktionale Selbstverwaltung (Kammerwesen)	2500
A. Gewerblich: Handwerkskammern	2501
I. Rechtliche Entwicklung	2501
II. Grundlagen der Besteuerung der Handwerkskammern	2507
III. Steuerpflicht und mögliche Gestaltungen	2514
IV. Exkurs: Besteuerung ehrenamtlicher Tätigkeiten für JPöR	2530
B. Kammern der Freien Berufe	2536
I. Rechtliche Grundlagen der Körperschaften des öffentlichen Rechts der Freien Berufe	2536
II. Körperschaftsteuer	2539
III. Gewerbesteuer	2545
IV. Umsatzsteuer	2546

4. Teil. Verfahrensrechtliche Fragen

§ 23 Die Außenprüfung bei juristischen Personen des öffentlichen Rechts	2555
Einleitung	2556
A. Allgemeines	2556
I. Begriff und Zweck von Außenprüfungen	2556
II. (Steuer-)Subjekt der Außenprüfung	2557
III. Gründe für Außenprüfungen	2559
IV. Zuständige Betriebsprüfungsstelle	2560
V. Mitwirkungsrecht des Bundeszentralamtes für Steuern und der Gemeinden	2564
VI. Zulässigkeit und Ermessen	2565
VII. Formen von Außenprüfungen	2566
B. Prüfungsanordnung	2567
I. Begriff und Rechtsgrundlage	2567
II. Anforderungen an die Prüfungsanordnung	2569
III. Rechtsfolgen der Prüfungsanordnung	2574
IV. Folgen einer fehlerhaften Prüfungsanordnung und Rechts- schutz	2575
C. Ablauf der Außenprüfung	2577
I. Prüfungsbeginn und Dauer	2577
II. Auskunftspflicht	2578
III. Mitwirkungspflicht	2578
IV. Datenzugriff auf Bücher, Aufzeichnungen und Unterlagen in digitaler Form	2580
V. Kontrollmitteilungen	2581
VI. Prüfungsschwerpunkte bei JPöR	2582
D. Ergebnis der Außenprüfungen	2584

Inhaltsübersicht

	Seite
I. Abschluss der Außenprüfung	2584
II. Prüfbericht	2585
III. Tatsächliche Verständigung	2586
IV. Änderungen durch Außenprüfungen	2588
V. Verwertungsverbote	2589
§ 24 Steuerrechtlicher Konkurrentenrechtsschutz	2590
A. Einführung	2590
B. Voraussetzungen des Konkurrentenrechtsschutzes	2592
I. Wettbewerb als Ausgangssituation und Anspruchsgrundlage ..	2592
II. Auskunftsklage und Auskunftsanspruch	2594
III. Konkurrentenklage	2598
Sachverzeichnis	2601